

Bauern lancieren den Kampf um Kulturland



Mit dem Mährescher auf dem Getreidefeld: Weil in der Schweiz immer mehr Kulturland verschwindet, werden solcher Bilder seltener. Berner Bauern wollen jetzt Gegensteuer geben.

Keystone

LANDWIRTSCHAFT Im Kanton Zürich ist die Kulturlandinitiative zum Schutz von Landwirtschaftsland überraschend angenommen worden. Jetzt bahnen sich in Bern, Solothurn und Freiburg ähnliche Initiativen an. Die Fäden ziehen Berner Bauern.

Damit hat niemand gerechnet: Mitte Juni nahm das Stimmvolk im Kanton Zürich die Kulturlandinitiative an. Acker- und Weideland erhalten nun einen besseren Schutz. Gut möglich, dass künftig neue Bauland-einzonungen gar nicht mehr möglich sein werden. Die Initiative, lanciert von den Grünen, war gegen den Willen des Regierungsrats mit 54 Prozent der Stimmen durchgekommen.

Jetzt zeichnen sich in den Kantonen Bern, Solothurn und Freiburg ähnliche Initiativen ab.

Diskutiert wird sogar über eine schweizweite Kulturlandinitiative nach dem Vorbild Zürichs. Treibende Kraft hinter dem Vorhaben ist die junge Interessengemeinschaft (IG) Pro Agricultura Seeland – eine Vereinigung von mehreren Hundert Gemüsebauern sowie Berner Gemeinden. Recherchen zeigen, dass die IG bereits Gespräche mit Exponenten des Freiburger und des Solothurner Bauernverbands geführt hat. Auch Vertreter des Berner Bauernverbands sollen bald informiert werden.

Peter Thomet ist Präsident der IG Pro Agricultura und BDP-Gemeinderat von Ins. Für ihn ist klar, dass es im Kanton Bern eine Kulturlandinitiative braucht. «Wenn wir weiterhin die Eigenversorgung durch die Landwirtschaft erwarten, müssen wir zu unserem Land Sorge tragen», sagt er. Pro Kopf verfüge die Schweiz nämlich über eine der kleinsten Kulturlandflächen weltweit. Und der Bestand nehme weiter ab.

Positive Signale der Verbände

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine oder mehrere Kulturlandinitiativen lanciert werden, bezeichnet Thomet mit «über 50 Prozent». Den definitiven Ent-

scheid über den Start der Initiativen fällt die IG noch im November. Die Gespräche mit den Bauernverbänden Freiburg und Solothurn stimmen Thomet zuversichtlich: «Die Rückmeldungen waren positiv.»

Sollte die IG ihre Ideen in die Tat umsetzen – am Erfolg zweifelt Thomet nicht. Das Problem des Kulturlandverlusts sei akut, «die Unterschriften hätten wir sicher schnell zusammen». Und dass solche Vorhaben erfolgreich seien, habe auch das Ja zur Zweitwohnungsinitiative gezeigt. Mit welcher Streitmacht die IG Pro Agricultura ihre Kampagne führen könnte, steht noch nicht fest. Präsident Thomet sagt: «Ich bin offen für Allianzen.» Am wich-

tigsten sei letztlich, dass man die angepeilten Ziel erreiche.

Grüne schmieden auch Pläne

Ein möglicher Partner könnten die Grünen sein. Die Berner Kantonalpartei hat eigens ein Team eingesetzt, das sich nach dem Erfolg in Zürich mit dem Thema Kulturlandverlust auseinandersetzt. Gemäss Präsident Blaise Kropf liebäugeln nämlich auch die Grünen selber mit einer ähnlichen Initiative, um den Verlust an Kulturland zu stoppen. «Das Thema hat eine grosse Bedeutung», sagt Kropf. Auch er argumentiert mit dem Ja zur Zweitwohnungsinitiative. Wenn man gemeinsam für etwas kämpfe, seien die Chancen immer besser.

Voraussetzung sei natürlich, dass man sich inhaltlich finde.

Hier könnte aber ein Problem liegen: Während die Grünen traditionellerweise das Kulturland vor allem gegen Überbauungen schützen, sehen die Bauern von Pro Agricultura noch eine andere Gefahr. Auch Gewässer-, Boden- und Tierschutz würden die landwirtschaftliche Fläche bedrohen, sagt Präsident Thomet. Dieses Anliegen teilen die Grünen vermutlich nicht.

Offen ist, ob auch die Berner Grünliberalen auf den Zug aufspringen. Co-Präsident Michael Köpflig will sich noch nicht festlegen. In Zürich hatten Köpflig Parteikollegen die Initiative abgelehnt. *Dominik Balmer*

Neues Verfahren

MÜHLEBERG Einmal mehr kommt auf das Atomkraftwerk Mühleberg Ungemach zu: Diesmal geht es um abstürzende Flugzeuge, die das Kraftwerk treffen könnten.

Der Berner Anwalt Rainer Weibel kämpft als Anwohnervertreter dafür, dass das Atomkraftwerk Mühleberg abgeschaltet muss. Das Verfahren ist vor Bundesgericht hängig. Jetzt eröffnet Weibel eine weitere Front gegen die Atomkraft. Wie Radio DRS berichtete, wurde er engagiert, um die Frage nach der Sicherheit bei einem Flugzeugabsturz zu klären.

Der Hintergrund: Die Betreiber der drei ältesten AKW der Schweiz – Mühleberg sowie Beznau I und II – müssen gemäss Radio DRS nicht umfassend nachweisen, dass sie ihre Anlagen einem Flugzeugabsturz standhalten können. Grund: Ein solches Szenario ist extrem unwahrscheinlich. Weibel soll nun eine sogenannte Feststellungsverfügung erwirken. Diese wäre einklagbar. Letztlich müssten dann die Betreiber der drei AKW vor Gericht nachweisen, dass ihre Werke einem Flugzeugabsturz standhalten. Sollte dies nicht möglich sein, würde das wohl das Aus der Anlagen bedeuten. Offen ist, bei welcher Behörde Weibel die Verfügung erwirken will. Infrage kommen das Energiedepartement Uvek und die Atomaufsichtsbehörde Ensi. *baz*

Cumulus-Karte zum Wohl Bedürftiger gibt es nun auch in Bern

SOLIDARITÄT Eine St. Gallerin sammelt Cumulus-Punkte für Bedürftige. Der schwelende Konflikt mit der Migros ist gelöst. Nun soll die spezielle Karte auch in Bern bekannter werden.

Die heute 21-jährige St. Gallerin Debora Buess arbeitet in der Migros als Aushilfe. «Zigmal am Tag habe ich die Kunden gefragt, ob sie eine Cumulus-Karte hätten», erzählt sie. «Da dachte ich, es gibt doch sicher Menschen, die auf die Bonuspunkte angewiesen sind.» Der zweite Gedanke: Wenn mehr als eine Person Punkte sammeln, dann lohnt es sich richtig.

Gedacht, getan: Debora Buess, die Mitglied der Jungen Grünen Schweiz ist, lancierte vor zwei Jahren die sogenannte Soli-Karte. Dabei handelt es sich im Prinzip nicht um eine Karte, sondern um einen Aufkleber mit einem Cumulus-Code, den Interessierte verwenden können. Die Punkte, die sie sammeln, gehen alle auf dasselbe Cumulus-Konto. Bisher sind so schon Gutscheine im Wert von rund 12000 Franken zusammengeworfen. Im Solidaritätsnetz Ostschweiz fand Debora Buess einen Partner, der dafür sorgt, dass Sans-Papiers und Flüchtlinge die Gutscheine erhalten. Sie können die Rabatte



Debora Buess hat bereits Cumulus-Gutscheine im Wert von rund 12000 Franken spenden können.

Urs Bucher

«Wir wollen jetzt Vollgas geben und den Cumulus-Code an möglichst viele Leute in Bern verteilen.»

*Debora Buess
Initiantin Soli-Karte*

nutzen und günstiger beim orangen Riesen einkaufen.

Hilfe für Asylbewerber

Nun will die St. Gallerin einen Schritt weiter gehen. In Zürich gibt es bereits eine Soli-Karte, über Regionalgruppen soll das Projekt auch in Bern, Luzern, Basel und der Westschweiz bekannter werden. «In Bern arbeiten wir mit den Organisationen Solidarité sans Frontières und Bleiberecht zusammen», erzählt die 21-Jährige. «Sie haben Kontakt zu Nothilfebezügern, die mit maximal 8 Franken pro Tag auskommen müssen.» Diese abgewiesenen Asylbewerber sollen

von den Gutscheinen profitieren. Politisch motiviert sei ihr Engagement nicht, betont Debora Buess. «Das hat mit meiner politischen Tätigkeit als Junge Grüne nichts zu tun.»

Schweizweit nutzen mindestens tausend Personen die Soli-Karte. In Bern kennen sie aber erst wenige. «Wir wollen jetzt Vollgas geben», sagt Debora Buess, «und den Code an möglichst viele Leute in der Region verteilen.»

Migros hat eingelenkt

Das Damoklesschwert, das lange über dem Projekt schwebte, ist verschwunden: Die Migros hat der Karte kürzlich ihren Segen erteilt. «Die Soli-Karte kann weiterbestehen», bestätigt Migros-Sprecherin Monika Weibel auf Anfrage. Die Migros habe sich aber dagegen gewehrt, dass Debora Buess in Zürich eine zweite Karte mit einem anderen Strichcode in Umlauf gebracht hatte. Dieses Konto soll gesperrt werden. Das heisst für die weiteren Expansionsprojekte: Alle Punkte müssen auf demselben Konto landen. Im September will sich die Migros zudem mit der jungen St. Gallerin zu einem Gespräch treffen und darüber diskutieren, wie es weitergehen soll.

Mirjam Comtesse

www.solidaritaetsnetz.ch

Heilsarmee «befremdet»

ASYL Per Medienmitteilung reagiert die Heilsarmee auf die Berichterstattung zu den chaotischen Asylfinanzen. Die Organisation zeigt sich «befremdet» und fühlt sich «unfair behandelt».

Gestern berichtete diese Zeitung darüber, dass im kantonalen Migrationsdienst Wirtschaftsprüfer die Finanzflüsse durchleuchten – mit Fokus auf die Flüchtlingshilfe der Heilsarmee. Deren Geschäftsführer Paul Mori kommt dabei ebenso zu Wort wie die Verantwortlichen des Kantons Bern. In einer Medienmitteilung vermutet die Heilsarmee nun ein Komplott. Sie müsse sich fragen, ob die Presse «von anderen Leistungserbringern und vom Kanton instrumentalisiert» sei. Weiter betont die Heilsarmee, dass ihre Flüchtlingshilfe über eine gesetzeskonforme Rechnungslegung verfüge, was ihr jährlich von PricewaterhouseCoopers attestiert werde. In der Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern habe es noch nie einen Hinweis darauf gegeben, dass die Heilsarmee nicht jederzeit und vollumfänglich Einsicht in die Zahlen gewährt habe. Den kantonalen Behörden seien alle Zahlen zugänglich. Markus Aeschlimann, Leiter des Amtes für Migration und Personenstand, hingegen sagte gegenüber der BZ: «Die Heilsarmee legt ihre Rechnung nicht offen.» *pd/as*